Hallische Nachrichten

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachritzstr. 12 bis 14 und Böttchergasse 1. Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 7981
Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Geschäftsstellen: Leipzigerstr. 34 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1403)

Die Hallischen Nachrichten erscheinen täglich nachmittags (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) und kosten bei freier Zustellung in Halle und in den Orten mit eigenen Vertriebsstellen sowie bei Postbezug (ohne Zustellungsgebühr) monatlich Mk. 1,50, mit der Wochenbeilage „Die Welt im Bild" Mk. 1,60. — Anzeigenpreis: die einspaltige 34 mm breite Nonpareillezeile 80 Pfg., die 78 mm breite Reklamezeile Mk. 1,50. Bei Wiederholungen Rabatt mit festen Bedingungen. — Beilagen nach Tarif. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 2345

Nummer 103 — Halle, Freitag den 9. Mai 1919 — 31. Jahrgang

Die Reichsregierung gegen den Gewaltfrieden.

Die Wirtschafts-Zwingburg der Entente.

Betrachtungen über den Friedensvertrag.

Die Entente will die Vernichtung Deutschlands, sie will nicht nur das jetzige Deutschland in das politische und wirtschaftliche Joch einspannen, dieser Friedensvertrag würde auch alle Zukunftskeime deutscher Industrie und Technik zerstören. So unerhört auch die territorialen Forderungen vom politischen Gesichtspunkt sein mögen: das richtige Relief erhalten sie erst dann, wenn man den wirtschaftlichen Kern dieser Forderungen enthüllt und wenn man sie an die Seite der übrigen wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen stellt. Dann erst erkennt man ganz, wie sich der weitgreifende politische Haß Frankreichs mit der kalten, berechnenden Feindschaft Englands gegen das deutsche Wirtschaftsleben vermählt hat. — Der Verlust des oberschlesischen Industriegebiets und des größten Teiles von Westpreußen sowie der Verzicht auf das Saargebiet würden Deutschland nach zwei Richtungen hin schädigen: sie würden uns der industriellen Rohstoffe berauben, so daß wir ausschließlich fremde Rohstoffe würden bearbeiten müssen, und sie würden uns mit die wichtigsten unserer landwirtschaftlichen Ueberschußgebiete, unserer Vorratskammern an Getreide, Kartoffeln und Zucker kosten. Durch die Abtrennung von Rußland würden wir ferner Agrarprodukte nur unter schweren Opfern einführen können. Durch die Einfuhrverpflichtungen soll dafür gesorgt werden, daß England und Frankreich die Bedingungen für die Lieferung von Rohstoffen so hoch schrauben können wie es ihnen beliebt. Und wir würden nicht einmal höhere Zolleinnahmen aus dieser fremden Einfuhr ziehen können. Deutschland würde völlig der industrielle Lohnsklave Englands und Frankreichs werden. Knüpft es aber neue wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Völkern an, so fallen alle zoll- und handelspolitischen Vergünstigungen auch den Ententeländern in den Schoß.

Der Neid Englands auf den deutschen Welthandel zeigt sich in den Bestimmungen über die Wegnahme der Handelsflotte und in der Verpflichtung, die deutschen Werften während der nächsten fünf Jahre fast ausschließlich für die Entente arbeiten zu lassen; dieser Handelsneid zeigt sich aber besonders kraß in der Bestimmung, wonach das Reich innerhalb eines Jahres alle öffentlichen Wirtschaftsinteressen deutscher Staatsangehöriger in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei erwerben muß, um sie dann der Entente auf dem Präferentialwege darzubringen. Dem Wunsche Englands Deutschland den Wiederaufbau seines Welthandel unmöglich zu machen, soll auch die Beschlagnahme alles deutschen Eigentums und aller deutschen Interessen in der Ländern der Entente dienen. Die Einräumung der Meistbegünstigung ohne Gegenseitigkeit würde bedeuten, daß Deutschland bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen mit gebundenen Händen dastehe. Der Verzicht auf höhere Einfuhrzölle als im Juli 1914 verpflichtet uns für die nächsten 2½ Jahre nichts gegen eine Ueberschwemmung mit ausländischen Waren zu unternehmen. Eine zynische Vergewaltigung und Entrechtung schließen die finanziellen Bestimmungen in sich. Elsaß-Lothringen und ein Teil von Posen sollen davon befreit werden, einen Teil der deutschen Reichsschuld zu übernehmen. Frankreich würde also für Elsaß-Lothringen keinen Pfennig zu zahlen haben. Für Posen sollen aber die Beträge abgezogen werden, die für die Durchführung der Ostmarkenpolitik verwendet worden sind. Das Tollste aber ist, daß die abzutretenden Teile Oberschlesiens und Westpreußens nur einen Anteil auf die Reichsschuld nach dem Stande von dem Kriege übernehmen sollen. Die Aufbringung der Kriegslasten würde sich dann für die so wesentlich verkleinerte Bevölkerung Deutschlands naturgemäß unerträglich erschweren. Durch die Haftung des gesamten Besitzes Deutschlands für die Bezahlung der Kriegskostenrechnungen der Entente wird eine scharfe Finanzkontrolle über uns errichtet, wie sie bisher nur kleinen bankerotten Staaten gegenüber zur Anwendung gelangte. Die Ueberwachung des deutschen Schulden- und Goldzahlungsdienstes drängt auch die Frage auf, ob ausländische Firmen uns unter diesen Umständen Kredit gewähren werden.

Den Gipfel des Zynismus bedeutet es aber, daß die Entente von einem wirtschaftlich und politisch verkrüppelten Deutschland, das auch jeder Aufbaumöglichkeiten beraubt werden soll, vorläufig, wohlgemerkt vorläufig, innerhalb zweier Jahre die Zahlung von 60 Milliarden in Gold verlangt, ohne daß damit etwa unsere Verpflichtungen getilgt sein sollen. Diese 60 Milliarden haben sich zusammensetzen aus 20 Milliarden in Gold oder Waren und aus 40 Milliarden einer Obligationsanleihe. Es ist klar, daß ein so des Handeltes Deutschland wirtschaftlich zugrunde gehen und gerade seine besten Arbeitskräfte zur Auswanderung zwingen würde. Und darum sagen wir auch an dieser Stelle nur das eine Wort: Unmöglich

(W. T. B.) Berlin, 8. Mai.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung veröffentlichen folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Der redliche Friedenswille unseres schwer duldenden Volkes fand die erste Antwort in ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstandes, so schwer sie auch waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzten unsere Gegner sechs Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten im Vertrauen auf die durch die Note vom 5. November 1918 von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Friede ein Friede des Rechtes auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns jetzt in den Friedensbedingungen angesonnen wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar. Gewalt ohne Maß und Grenze soll dem deutschen Volke angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen. Die Welt müßte jede Hoffnung auf den die Völker befreienden und heilenden, den Frieden sichernden Völkerbund begraben. Zerstückelung und Zerreißung des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Versklavung, dauernde Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Innerlichstand der Entente ist das Ziel dieses Gewaltfriedens. Die deutsche Volksregierung wird den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit dem Vorschlag des Friedens des Rechts auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens beantworten. Die tiefe Erregung, die alle deutschen Volkskreise ergriffen hat, legt Zeugnis davon ab, daß die deutsche Regierung den entschlossenen Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt. Die deutsche Regierung wird alle Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erlangen, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unserm Volke nicht. Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten.

Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbst gewählte Regierung zusammenstehen, ohne Unterschied der Parteien. Möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volk, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu wahren! Jeder Gedanke, der ganze Wille der Nation gehören jetzt der Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes. Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszuharren in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

Der Reichspräsident.

Die Reichsminister Scheidemann, Preuß, Dernburg, David, Erzberger, Noske, Wissel, Schmidt, Bauer, Bell.

Die gesamte Presse gegen den Gewaltfrieden.

B. Berlin, 9. Mai. Wer immer zu dem uns angekommenen Gewaltfrieden das Wort nimmt, sagt: „Niemals! Unerfüllbar!" So schreibt am Schlusse eines Aufsatzes im „Berliner Tageblatt" der demokratische Abgeordnete Haas, der derzeitige badische Minister: Deutschland steht vor der Vernichtung. Dieser Friede wäre sein Tod. Zum Aeußersten entschlossen muß das deutsche Volk entschlossen sein. Nur jetzt kein Kleinmut und kein armseliges Rechnen! Ein paar Verbesserungen abzuhandeln, darf nicht das Ziel sein. Es kann nur ein Kampf der passivistischen Idee mit dem Gedanken der Gewalt sein; dabei gibt es nur ein entweder—oder. — Aehnlich sagt der Abgeordnete von Richthofen in der „Börsenzeitung": Nicht um Klagen schreiben dürfen sich die deutschen Gegenvorschläge von Wilsons 14 Punkten entfernen. Will die Entente hierauf nicht eingehen, so stehen wir vor der klaren Tatsache, daß sie in infamster Weise ihr verpfändetes Wort gebrochen hat. — Ueber die Haltung der Parteien gegenüber den Friedensbedingungen der Entente sagt der „Lok.-Anz.": Die Erregung sämtlicher Parteien brauche sich auch in der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses wieder und wieder und man hatte sofort den Eindruck, daß die übermittelten Bedingungen in der vorliegenden Form unannehmbar sind. — Die „Voss. Ztg." schreibt: Es wird in den nächsten Tagen ein Appell an die demokratischen Wähler ergehen. Auch hören wir, daß zwischen den Parteien des Regierungsblocks und der Koalitionsparteien Verhandlungen schweben, von denen zu hoffen ist, daß sie zu bestimmt formulierter Gegenvorschläge führen werden. — In der „Deutschen Allgem. Ztg." wird ausgeführt, daß Ministerpräsident Hirsch den von der Entente uns angebotenen Frieden als ausgesprochenen Machtfrieden und unverhüllte Sklaverei bezeichnet habe. Er werde auch vom Rechtsstandpunkt aus nicht anders zu charakterisieren sein. Je hörter der Druck auf uns lastet, desto stärker werde der Gegendruck sein. — Nur die Unabhängigen sind für das System der trockenen Weltsäche. d h sie verurteilen zwar den Gewaltfrieden, aber beeilen sich in dem nämlichen Atemzug zu erklären, daß sie unter allen Umständen unterzeichnen würden. Kühl erklärt heute früh die „Freiheit" von neuem: Für eine Verzweiflungspolitik mit heroischen Gesten wird die unabhängige Sozialdemokratie nicht zu haben sein. — Dann wird man unter Umständen diesen Herren die Verantwortung für solchen Schmachfrieden zuzuweisen haben, wobei man sich aber fragen wird, ob auch die Entente bereit sein würde, mit den Herren Haase, Ledebour und Däumig als den einzigen Repräsentanten des deutschen Volkes einen Frieden zu machen.

Der Eindruck bei den Neutralen.

B. Berlin, 9. Mai. Aus allen Meldungen, die aus den neutralen Staaten, namentlich aus der Schweiz, aber auch aus Holland und Dänemark hierher kommen, ergibt sich, daß überall Bestürzung und Mutlosigkeit über den uns angesonnenen Gewaltfrieden herrscht, und daß man ihn allenthalben gleich verurteilt. Schließlich ziehen die Neutralen in diesen Tagen mit uns in an denselben Strick.

ep. Basel, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie das Bureau „Europa Preß" meldet, geben auch die heute vorliegenden Kommentare der Schweizer Presse zu den Friedensbedingungen der Entente in ihrer Mehrzahl der Ueberzeugung Ausdruck, daß auf Grund dieser Bedingungen ein dauernder Friede ganz unmöglich sei. Das „Berner Tagblatt" schreibt: Die deutschen Unterhändler, die vor den gegenwärtigen und kommenden Geschlechtern die Verantwortung für Tod oder Leben des deutschen Volkes tragen, verdienen rückhaltlose Anerkennung, denn sie sehen ihre eigene Ehre und ihre Existenz aufs Spiel. Das Blatt glaubt, daß noch vor Ablauf von 14 Tagen die deutsche Entscheidung bekannt werde. Wenn Deutschland unterschreiben werde, so werde dies in der Hoffnung geschehen, daß es in absehbarer Zeit seine Ketten wieder zerbrechen könne. In diesem Falle werde der Frieden der Ausgangspunkt neuer erbitterter Kämpfe sein und der französische Boden werde einst wieder von neuem Blute triefen. Die übrigen Blätter der deutschen Schweiz äußern sich in ähnlichem Sinne.

Die Nationalversammlung tritt zusammen.

(T. U.) Berlin, 9. Mai. Die Mitglieder der Nationalversammlung sind auf Montag, 12. Mai, 3 Uhr nachmittags, zu einer Vollsitzung nach Berlin berufen worden.

Unter den Mitgliedern der Nationalversammlung fanden gestern mehrfach interfraktionelle Besprechungen statt. Im Laufe des heutigen Tages werden diese fortgesetzt, auch soll eine Besprechung der Parteiführer mit dem Ministerpräsidenten Scheidemann stattfinden, in welcher die Behandlung der Friedensfrage in der Nationalversammlung erörtert werden wird.

An den deutschen Osten.

Gegen die Absperrung von Rußland.

Die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung:

An den deutschen Osten! Die Reichsregierung hat nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen.

Der Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens noch ein besonderes Wort:

Die Abtrennung Oberschlesiens vom Reich, die Angliederung rein und überwiegend deutscher Gebiete in Mittel- und Niederschlesien, in Posen, Westpreußen und Pommern, die Loslösung der alten Hansastadt Danzig, dieser Pflanzstätte deutscher Kultur, vom Reiche, sind Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung dieser Gebiete, die durch deutsche Arbeit und deutsche Kultur das erworben, was heute ihre Vorzüge bildet. Diese Eingriffe sind gänzlich unvereinbar mit den vom Präsidenten Wilson feierlich verkündeten Grundsätzen. Die für südöstliche Teile der Provinz Ostpreußen geforderte Abstimmung der Bevölkerung kann diesen Gewaltcharakter der Forderungen, die mit dem Rechte und der gegebenen Zusage unvereinbar sind, nicht verhüllen.

Die gesforderte Abtretung des Nordostens der Provinz Ostpreußen tut nicht nur einer Bevölkerung Gewalt an, die trotz der voll auf ihr Volkstum hereingetragenen Propaganda durch und durch deutsch fühlt, sondern vernichtet ständig zugleich die wirtschaftliche Absperrung Deutschlands von dem Gebiete des großen russischen Volkes. Mit diesem in ungehindertem Güteraustausch zu bleiben, ist Voraussetzung für das Gedeihen beider Völker.

Die Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens soll überzeugt sein, daß die Regierung der Republik das Aeußerste aufbieten wird, um diese Gefahr abzuwehren. Dazu ist jetzt mehr als je unbedingt nötig, daß das Volk nationale Disziplin hält und in Einheit und Vertrauen, in Glauben an die eigene Kraft und sein gutes Recht zusammensteht.

Die Reichsregierung:
Scheidemann. Dernburg. Bauer. Bell. David.
Erzberger. Gothein. Noske. Preuß. Wissell. Schmidt.

Die preußische Staatsregierung:
Hirsch. Fischbeck. Heine. Otzer. Braun. Südekum.
Siegerwald. Im Hofe. Hänisch. Reinhardt.

Kundgebungen des bedrohten Ostens.

B Berlin, 9. Mai. In wahrhaft rührender Weise zeigt sich nun, da es Ernst wird, allenthalben in dem bedrohten Osten die Anhänglichkeit an Deutschland. Beim Einzuge von Grenzschutztruppen kam es in Oppeln zu ergreifenden Kundgebungen unter der Bevölkerung. Die deutschen Truppen wurden mit Blumen beworfen; die Regimentsstandarte mußte immer wieder „Deutschland, Deutschland über alles" und das Preußenlied spielen. Immer mehr wird die Bevölkerung gesperrt, die Ostmärker zu bewaffnen. Oberschlesien ist entschlossen, unter keinen Umständen sich von der Entente vergewaltigen zu lassen, und fordert von der deutschen Regierung die Ablehnung dieses Friedensvertrages. Die Bevölkerung ist entschlossen, mit den Waffen in der Hand den heimatlichen Boden zu verteidigen. Aehnlich ist die Stimmung auch in Westpreußen und Danzig, wo man von neuem mit ganz energischen Protesten dafür eingetreten gedenkt, daß das große nationale Unglück von der westpreußischen Bevölkerung abgewendet werde. Der deutsche Volksrat in Westpreußen wendet sich heftig in einer Kundgebung an die Bevölkerung. Auch in Ostpreußen erklären alle Zeitungen übereinstimmend, daß die auf Ostpreußen bezüglichen Bedingungen den wirtschaftlichen und nationalen Tod dieser Provinz bedeuten würden.

Wo bleiben die Pariser Sozialisten?

Von unserem nach Versailles entsandten Sonderberichterstatter.

F. Versailles, 5. Mai.

Gestern unterbrach ich mich mit zwei deutschen Sozialisten, die innerhalb der Friedensdelegation eine wichtige Stellung einnehmen. Der Inhalt dieses Gespräches lieferte mir wohl keine Neuigkeiten, aber er ließ mich erkennen, daß auf seiten der deutschen Sozialisten die Enttäuschung über das Verhalten der französischen Sozialisten immer größer wird. Aus guten, nur allzu begreiflichen Gründen. Kein ermunterndes Wort, kein entgegenkommender Wink kam bisher aus dem Lager der Franzosen. Und gerade darauf wartete man. Stumm, abweisend, mit dem halbamtlichen Nachrichtendienste der Friedensdelegation (Arbeitsausschuß) ausgeschiedenen Jouhaux, des leitenden Mannes der französischen Arbeitsvereinigung; das „Journal du Peuple", dessen Mitarbeiter Barbusse den Augenblick einer offenen Aussprache wohl noch nicht für gekommen hält, wenn er auch mehrmals eine Lanze für die Wiederaufnahme durch die „Heure" eingelegt hat. Der Deputierte Sembat und des für die Wiederherstellung der Internationale eintretenden Longuet. Diese beiden sind ebenso wie Jouheaux Verfechter eines Wilsonfriedens. Man sieht also daß es Zeitungen sozialistischer Richtungen in Paris genug gibt, um das zu tun, was unsere Sozialisten mit Bestimmtheit erwarteten, eine korrekte Begrüßung Gleichgesinnter. Was geschieht indessen? In der „Heure" wird die boshafte Frage aufgeworfen, „wer das Essen der deutschen Delegation bezahlen werde" und im voraus erklärt, daß die französische Regierung nicht das Recht besäße, sich „auf Kosten des Volkes diesen Luxus zu leisten". Im „Journal de Peuple" spricht ein Mitarbeiter unverdrossen von „deutschen Imperialisten", die er mit den wirklich vorhandenen französischen Imperialisten in einen Korb wirft. In der „Bataille" kommt die Schuldfrage aufs Tapet. Ein nationalistisches Blatt könnte nicht schlimmere Hetzarbeit betreiben. Vergleicht man das Ausmaß der in den Sozialistenblättern veröffentlichten innerpolitischen Berichte und Artikel mit den Meldungen über die Versailler Friedensdelegation, so läßt sich feststellen, daß höchstens 20 Zeilen täglich — und das sind entweder Glossen oder halbamtliche Darstellungen, — den deutschen Friedensunterhändlern samt ihren sozialistischen Mitgliedern gewidmet sind. Es besteht nicht der leiseste Kontakt. Die sozialistischen Deputierten Sembat und Longuet scheinen es abgelehnt zu haben, auf eine Annäherungstaktik einzugehen.

Diese strenge Zurückhaltung erklärt sich daraus, daß die Finanzkrisis in Frankreich den Kern der innerpolitischen Kämpfe bildet. Der französische Sozialist wagt es nicht, die Entschädigungsfrage in einer für Deutschland erträglichen Form seinem Leser, seinem Wähler auseinanderzusetzen. Die Masse zwingt ihm Unerbittlichkeit auf und fordert das Aeußerste vom Deutschen. Wir haben hier die Meinungen, auf Grund der Blätter und einiger indirekter Mitteilungen, in ihrer Auswirkung beobachtet. Der Lärm, die Erregung in Arbeiterkreisen ist gewaltig gewesen. Clémenceaus Greisenschädel wurde wieder einmal gründlich mit einer Flut schlimmster Beschimpfungen überschüttet. Die Zeitungen der äußersten Linken toben sich in Schrift und Bild aus, genau so, wie sie es zur Zeit der Maiunruhen im Jahre 1908, gleichfalls unter Clémenceau, getan haben. Für die Kammersitzung beschwören die Sozialisten Sturmangriff vor. Abgesehen davon, daß die bürgerliche Presse ihre Genugtuung über den Zusammenbruch der Maidemonstrationen, dank Clémenceaus Strategie, kaum verbergen kann, begegnet man auch in der „Humanité" der merkwürdigen Auffassung, daß Clémenceau im Augenblick der mit Deutschland begonnenen Friedensdiskussion nicht über Bord geworfen werden dürfe". Die Forderung eines baldigen Friedensschlusses, auch wenn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19190509018/fragment/page=0001

er unter der Regide des „Todfeindes der Sozialisten“ zustandekommt, übertrieft den innerpolitischen Hader, siegt über den Parteihaß, triumphiert über den Gedanken einer baldigen Wiederherstellung der Internationale. In dem bedeutsamen Momente, wo deutsche Sozialisten vor den Toren von Paris auf ein Wort ihrer französischen Gesinnungsgenossen warten, in diesem Momente bekannen sich die Pariser Vorsitzenden ausschließlich mit einer an und für sich wertlosen Potemit gegen Clémenceau, dessen Sturz sie gegenwärtig weder herbeiführen können noch erzwingen wollen. Wie wird sich die Pariser Sozialistenpresse während der bevorstehenden Friedensverhandlungen benehmen? Wird sie die offiziösen Texte abdrucken, wie sie es jetzt tut? Wird sie den Standpunkt ihrer Partei — Verwirklichung eines wahren Verständigungsfriedens — unerbittlich vertreten? Diese Fragen beschäftigen jetzt unsere sozialistischen Delegationsmitglieder. Nach dem heutigen Stande der Dinge ist eine kräftige Unterstützung durch die französischen Sozialisten kaum zu erwarten. Frankreich ist noch ein Soldaten- und Polizeilager. Ueberall herrscht die „Faust Clemenceau“, eine Ueberwachungsorganisation allerersten Ranges, ein lückenloser Kordon. Günstige Angriffschancen gegen diese Front scheinen für die französischen Sozialisten nicht zu bestehen.

Bilder aus Versailles.

Vor dem Trianonhotel. — Die Auffahrt der Friedensdelegierten. — Eindrücke vom Abergabeakt.

Von unserem nach Versailles entsandten Sonderberichterstatter wird durch Kurier gemeldet:

F. Versailles, 7. Mai. (Verspätet eingetroffen.)

Ein warmer sonniger Frühlingshimmel wölbt sich über Versailles. Der Park steht in voller Blüte. Ein idyllisches Bild bietet sich den deutschen Delegierten, die in den Vormittagsstunden, der großen bedeutungsvollen Stunde harrend, in den Laubengängen lustwandeln. Aus dem Grün glänzt der prächtige weiße Bau des Trianonhotels, wo sich um 3 Uhr nachmittags der historische Akt der Ueberreichung des Friedensvertrages vollziehen wird.

Um die Mittagsstunde sammeln sich die aus Paris kommenden Reisegesellschaften in der Umgebung der drei Hotels. Ganz Versailles ist heute auf den Beinen. Die Cafés sind vollgepfropft mit Menschen. Entlang dem Staketenzaune, entlang dem Boulevard de la Reine, wo die Karossenwagen mit den Vertretern der alliierten Regierungen nach dem Trianonhotel fahren, stehen Tausende. Ein kleines Wachtaufgebot sorgt für die Ordnung. Die Massen drängen sich. Militär wird herangezogen. Die Kontrolle der Polizisten verschärft sich, weil es da und dort zu Ruhestörungen harmlosen Charakters kommt.

Kurz nach dem Mittagessen versammeln sich die Pressevertreter im Hotel des Reservoirs. Französische und englische Photographen arrangierten Gruppenbilder mit Einwilligung des Polizeikommissars. Man erfährt, daß die Delegierten über ihre Vorbereitungen in jeder Hinsicht getroffen haben. Giesberts kommt eiligen Schrittes in den Hof, um mitzuteilen, daß man eine Ansprache Wilsons erwarte. Er erzählt, Graf Brockdorff sei auf alles vorbereitet.

Die erregten Gespräche werden abgebrochen, denn Major Bourgeois tritt zu den Pressevertretern, um ihnen mitzuteilen, er übernehme die Verteilung nach dem Trianonhotel. Wir schließen uns dem korrekt sich benehmenden Militär an und es geht quer durch den Park zu der Haupteinfahrt des Trianonhotels. Eine Kompagnie Poilus bildet Spalier, oben kreuzen Flugzeuge. Offiziere reiten hastig Befehle aus. Hinter einem Seile wird uns ein 20 Meter langes Straßenkreuz angewiesen. Wir stehen auf der linken Seite des Fahrdammes, auf der rechten, neben dem Portal des Hotels, stehen die Vertreter der Ententeblätter, daneben ein Häuflein privilegierter Zuschauer. Soldaten aller Länder sind uns gegenüber zu sehen. So herrscht ein buntes Durcheinander. Plötzlich ertönt die Stimme des französischen Hauptmanns. Ein Automobil kommt heran, das erste der Alliierten. Es ist der Vertreter Liberias. In rascher Folge kommen die Vertreter Serbiens, Belgiens, Griechenlands, dazwischen die französischen Delegierten Cambon und Pichon, hinter ihnen Bonar Law mit englischen Offizieren, dann Baron Sonnino. Giesberts und die anderen Vertreter. Die Autos werden vom Obersten Henry und Offizieren begleitet. Auf der linken Seite des Fahrdammes bleibt alles still, kein Ruf, weder aus dem Publikum, noch von seiten einiger nationalistischer Sozialisten, von denen eine Kundgebung erwartet worden war. Die deutschen Delegierten machen in ihrer gewählten Einfachheit einen entschieden günstigen Eindruck.

S. Floch.

Versailles, 8. Mai.

Die Straßen von Versailles in der Nähe unseres Hotels boten während des Ueberreichungsaktes einen verunruhigenden Eindruck. Die Menschenmassen hatten demonstrierten für Wilson, gegen Mr. Clémenceau, für die Internationale. Alles schreit, brüllt und singt durcheinander. Der Boulevard de la Reine ist schwarz von Menschen. Die heitere Stimmung der Manifestanten wiegt vor. Die Sozialisten bleiben mit ihren Kundgebungen in der Minderheit. Es scheint, daß sich Clémenceau Lobsänger bestellt hat. Man hört Straßenlieder, die ihn verherrlichen. Und wurde empfohlen, nicht auf die Straße zu gehen doch scheint es sich wieder um eine übermäßige verschärfte Polizeimaßnahme zu handeln.

Nachträglich ist zu bemerken, daß nach Abgang der deutschen Delegierten die Alliierten eine Konferenz abhielten auf Grund von Aufzeichnungen, die sich Wilson während der Rede des Grafen Brockdorff-Rantzau gemacht hatte. Justizminister Lou hat der erklärt mir, die Härte dieses Vertrages könne nicht ernst gemeint sein.

Im Wandelgang des Trianonhotels wurden die deutschen Delegierten von hohen Offizieren und einem Mitglied des diplomatischen Dienstes des Auswärtigen Amts empfangen. Ein Offizier öffnete die in den Sitzungssaal führende Tür und sprach die Worte: „Messieurs les délégués allemands!“ Beim Eintreten der deutschen Bevollmächtigten schoben sich die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierung von ihren Plätzen. Auf den ihnen angewiesenen sechs Stühlen nahmen die deutschen Delegierten Platz, nachdem zwischen ihnen und den feindlichen Vertretern eine zeremonielle Verbeugung gewechselt worden war.

Clémenceau's Rede wurde mit ungewöhnlicher Schärfe gesprochen. An gewissen Stellen machte sich eine geifernde Ironie geltend, besonders bei dem Satz, wo die Befragung des Prüfungsermins festgesetzt wird. Wilson und Lloyd George blieben völlig regungslos. Sie richteten ihren Blick auf die Deutschen. Die übrigen Delegierten sahen nach Clémenceau, der sich bei den Worten: „Ein uns gezwungenen aufgezwungenen Krieg“ den Alliierten zuwendete und dann zu sich blickte.

Graf Brockdorff sprach langsam und mit fester Stimme. Sein Satz für Satz wurde seine Antwort von zwei Dolmetschern übersetzt. Einen sichtlichen Eindruck machte Brockdorffs Rede auf die Gegner nicht, doch ist bemerkenswert, daß nach dem Abgang der deutschen Delegierten entgegen dem vereinbarten Sitzungsprotokoll eine Beratung der alliierten und assoziierten Vertreter begann.

Nach dem Ueberreichungsakt besprach Graf Brockdorff mit den Pressevertretern die Geschehnisse. Er gab zu, daß infolge von Clémenceaus Erklärung ein schweres Werk zu verrichten sei, denn der Verhandlungsfrieden sei gefährdet. Tatsächlich ergibt sich aus Clémenceaus Worten, daß die Gegner auf mündliche Besprechungen und Vorschläge nicht eingehen wollen und auch Kommissionskonferenzen vorläufig ablehnen. Die Lage wird also von den Delegierten mit Recht als äußerst ernst beurteilt. Die sozialistischen Delegierten sind mit Brockdorff nicht einverstanden, weil er in der Frage der Kriegsschuld ein Zugeständnis an die Gegner machte. Der sächsische Minister Schwarz äußerte sich in schärfster Weise über diese Erklärung. Brockdorff-Rantzau, Professor Schücking bemerkte, daß man es mit einem befriedeten Diktatfrieden zu tun habe.

S. Floch.

Ein französisches Urteil.

F. Versailles, 9. Mai.

Kennzeichnend für den uns zugedachten Vernichtungsfrieden ist ein Satz in der nationalistischen „Action Française“. Dieser lautet: Niemals seit die Geschichte besteht, wurde ein Volk zu solchem Zustande der Knechtschaft verurteilt. Wir müssen uns schon heute vor einem Sklaventriebe schützen. — Das Blatt stürmt, was die Bestimmung des deutschen Volkes im Falle der Verwirklichung des Friedensvertrages betrifft, mit der deutschen Auffassung überein. Ich führte mit einem leitenden Delegierten ein Gespräch über die Hauptpunkte des Vertragsentwurfes und erhielt folgende Mitteilung: Völkerrechtlich wird das deutsche Volk wie ein Paria behandelt, da es aus allen internationalen Beziehungen, auch jener, vor dem Kriege bekannten Interessengemeinschaft ausgeschlossen worden ist. Mehr als das: Wir erfahren die Behandlung eines außerhalb der Christenheit stehenden Volkes. Alle völkerrechtlichen Bestimmungen werden zum Vorteil der Gegner angewendet, während wir selbst in keiner Hinsicht des Schutzes solcher Vereinbarungen teilhaftig werden. Absolute Einseitigkeit ist der Leitgedanke des Vertrages. Die Bestimmungen über das Saargebiet, Kehl, das linksrheinische Industriegebiet sind im Geiste künftiger Annexion gemacht und werden zweideutig gekennzeichnet. Bei Festsetzung der Ueberzeugen wird gegen das Völkerrecht verstoßen, die Ostgrenze verläßt gegen das Selbstbestimmungsrecht und verstößt die Abschnürung aller Handels- und Verkehrswege in Osteuropa. Wirtschaftlich ist die Lage auf die Vertreibung Deutschlands von Ueberseе, auf die Ueberwachung unserer Industrie, des Verkehrswesens, unseres Unternehmungsgeistes und der Zollpolitik abgesehen. Finanziell gerieten wir unter Kuratel der Gegner, die jahrelang Entscheidungskommissionen in Deutschland unterhalten werden. Wir verlieren alle Garantien, müssen aber für alle Schulden aufkommen. Schamlosigkeit ist das Hauptmerkmal dieses Vertragsentwurfes.

Unklarheiten des Vertrages.

F. Versailles, 9. Mai.

Um in dem Text des Friedensvertrages die Abweichungen zwischen der französischen und englischen Fassung zu finden, ist ein Vergleichen mit den Alliierten um Aufklärung über verschiedene Punkte anzufragen. Eine der größten Unbestimmtheiten enthält der Abschnitt über Danzig. Es verlautet, daß mündliche Besprechungen von Delegationsführern in Berlin nötig seien, weshalb auch Graf Brockdorff für drei Tage dorthin reisen wird. Aus Pariser diplomatischen Kreisen liegt eine Anregung vor, daß deutscherseits zu jedem Kapitel ein Gegenvorschlag gemacht werde. Während die Deutschen bei der Ausarbeitung ihrer Gegenvorschläge sind, könnten sich die Alliierten mit den bereits vorliegenden Vorschlägen befassen, so daß die sämtlichen Verhandlungen verkürzt werden. Ob die Entente nach Kenntnisnahme der deutschen Vorschläge unterhandeln oder eine dreitägige Frist für ja oder nein stellen wird. Nationalistische Abendblätter veröffentlichen Artikel mit der Ueberschrift „Der Rhein ist wieder unser“. Sozialistische Zeitungen verhalten sich reserviert, ausgenommen der „Populaire“, der von einem Frieden der Unterdrückung und Ungerechtigkeit spricht, sowie von der Ernüchterung des deutschen Volks durch imperialistische Machthaber, die vor die Internationale gebracht werden müßten. Das Blatt erklärt, daß dieser Friedensentwurf bald ein Fetzen Papier sein werde.

Protest der preußischen Volksvertretung.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

R. Berlin, 8. Mai.

Die heutige Sitzung der Preußischen Landesversammlung gestaltete sich zu einer ausdrucksvollen Kundgebung gegen den uns aufgezwungenen Gewaltfrieden. Mit tiefstündiger Verspätung — so lange hatten die Beratungen des Aeltestenausschusses gedauert — versammelten sich sämtliche Minister, mit Ausnahme des Kriegs- und des Justizministers, und die Abgeordneten im Saale. Die Galerien waren überfüllt. Nach ohne tiefe Diskussionsmeldungen geschlossen. Dann erhielt, während alles sich erhob, der Ministerpräsident Hirsch das Wort zu einer Erklärung. Herr Hirsch sagte etwa folgendes:

„Wir alle stehen noch unter dem Eindruck der heute morgen erfolgten Veröffentlichung der Friedensbedingungen der Feinde. Diese Bedingungen gehen zu der Entschließung dieses Hauses vom 13. April im Schärfsten über. Statt der seine Verschärfung der 14 Punkte Wilsons erfolgen und ein wahrhafter Friede der Verständigung abgeschlossen werden sollte. Die Staatsregierung hatte sich damals dieser Entschließung angeschlossen: sie steht heute noch auf demselben Standpunkt und ist überzeugt, daß auch die Landesversammlung diese Auffassung heute noch teilt. In den uns mitgeteilten Bedingungen der Feinde ist von einem Frieden der Versöhnlichkeit und Gerechtigkeit keine Spur zu finden. Es handelt sich um einen reinen Machtfrieden, aus dem für unser Vaterland kaum verhehlte Sklaverei. für ganz Europa neue Fluten von Blut entstehen müßten. Nun heißt es, sattlichig den Dingen entgegenzusehen. Die Regierung ruft Ihnen zu: Schließt euch fest zusammen! Laßt alle Streitigkeiten bei Seite, daß es ist jetzt keine Zeit! Geschlossen muß sich das ganze Volk hinter die Regierung stellen, um den geplanten Gewaltfrieden zu einem wirklichen Frieden der Gerechtigkeit zu machen. Die Friedensbedingungen der Feinde sind das schlimmste, was je einem Volke zugemutet worden ist. Sie verlangen von uns, unser Todesurteil selbst zu unterschreiben. Dieser schlimmste Tag der deutschen Geschichte muß ein großes Geschlecht finden.“

Die Erklärung des Ministerpräsidenten hatte an vielen Stellen starken einmütigen Beifall hervorgerufen. Nach dem Ministerpräsidenten erhob sich Bizepräsident Dr. Frenzel, um, wie er sagte, im Sinne einer großen Anzahl von Mitgliedern des Hauses eine weitere Erklärung abzugeben. Auch diese Erklärung legt scharfen Widerspruch ein gegen die Bedingungen, die es uns unmöglich machten, unsere Kulturaufgaben zu erfüllen; sie versprechen auch gegen Treue und Glauben, gegen alles das, was uns als Grundsätze des kommenden Friedens von den Vorführern der Feinde zugeeilitigt worden sei. Dadurch würden die Bedingungen zu einem Rechtsbruch. Der Präsident schloß:

„Die schwerste Zeit, die je Deutschen zu durchleben bestimmt war, ist für uns angebrochen! Wir treten ihr mit Fassung und Würde entgegen, wenn wir uns sammeln in den Gedanken an unser geliebtes Vaterland. Wir hoffen, daß das ganze Land sich klar ist über die Schwere des Tages und dieses auch in seiner Haltung zum Ausdruck bringen wird.“

Abg. Adolf Hoffmann erklärte für die Partei der Unabhängigen: Wir verurteilen den Gewaltfrieden auf das allerschärfste. Von den imperialistischen Regierungen der Entente waren allerdings andere Bedingungen nicht zu erwarten. Sie sind letzten Endes eine Folge des kapitalistischen Systems. Schuld daran sind vor allem die Kriegsgewinnler, die militärischen Führer und seit 1914 auch die Nationalsozialisten. Ein gerechter Friede kann nur herbeigeführt werden, durch gemeinsame Arbeit des Proletariats aller Länder.

Die Sitzung wurde danach auf unbestimmte Zeit vertagt.

*

Abg. Dr. Adderhalden hat mit Unterstützung anderer Parteien den Antrag gestellt, ein Gesetz zu erlassen, nach dem die Vorschriften der Paragraphen 1, 3, 4, 6, 8 der Verordnung der Regierung über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarsachen auch auf ehrengerichtliche Strafen und ehrengerichtliche Verfahren gegen Aerzte Anwendung finden.

Verhandlungen und Gegenvorschläge.

(T. U.) Berlin, 8. Mai. Wie wir erfahren, geht die Auffassung der Reichsregierung dahin, daß der vorliegende Friedensvertragsentwurf der Entente für Deutschland unerträglich und unerfüllbar sei. Trotzdem hat das Kabinett beschlossen, in Verhandlungen mit den Gegnern einzutreten. Die deutschen Delegierten haben daher die Anweisung erhalten, innerhalb der bestimmten Frist Gegenvorschläge zu machen, von denen erhofft wird, daß sie zu Verhandlungen führen. Diese Gegenvorschläge werden sich auf die 14 Punkte Wilsons stützen. Wird nach Abgabe der deutschen Gegenvorschläge seitens der Entente geschehen wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Zurzeit ist die deutsche Delegation in Versailles mit der Prüfung des gegnerischen Entwurfes beschäftigt.

Scheidemann über den Friedensentwurf.

(T. U.) Berlin, 8. Mai. In der heutigen Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung hielt, nachdem Präsident Fehrenbach den Friedensentwurf der Alliierten unerträglich und unerfüllbar ewige Zeiten bezeichnet hatte, Reichsministerpräsident Scheidemann eine Rede, in der er im wesentlichen folgendes ausführte:

Der heutige Tag bedeutet die tiefste Stufe des deutschen Niederganges. Wir stehen am Grabe des deutschen Volkes, wenn alles das, was sich bei der Ententefriedenskonferenz ereignet hat, Wirklichkeit werden wird. Der vorliegende Entwurf verstößt in wesentlichen Punkten gegen die 14 Punkte Wilsons und gegen die Erklärung des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918. Deutschland muß die Dienstpflicht abschaffen, es soll seine Kohlen ausliefern, es muß zwei deutsche Kreise an Belgien ausliefern, der größte Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen sollen aus dem Verbande des deutschen Reiches ausscheiden. Man will Ostpreußen durch einen Korridor vom Reiche abtrennen. Wie decken sich solche Forderungen mit dem Programm Wilsons? Wo bleibt das nationale Selbstbestimmungsrecht und wieso wirtschaftliche Unabhängigkeit?

Der Ministerpräsident besprach sodann die wesentlichsten Punkte des Vertrages, den er ein bestimmtes Todesurteil nannte, und teilte endlich noch mit, daß die deutschen Delegierten angewiesen seien, innerhalb der vorgesehenen Frist Gegenvorschläge zu machen. Die Reichsregierung wolle zu Verhandlungen und zum Frieden kommen.

Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg.

Gestern begann in Berlin vor einem Feldkriegsgericht der Strafprozeß wegen der Tötung von Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Der wegen versuchten Mordes angeklagte Husar Otto Runge hat vor dem Eden-Hotel gegen beide bei ihrem Abtransport Kolbenschläge geführt. Von den angeklagten Offizieren wird dem Kapitänleutnant Horst von Pflug-Hartung, dem Oberleutnant z. S. Ulrich von Rittgen, Oberleutnant z. S. Heinrich Stiege, dem Leutnant z. S. Bruno Zenzke und Leutnant d. R. Rudolf Liebmann die vorsätzliche und überlegte Tötung Liebknechts, dem Oberleutnant z. See die Tötung der Frau Rosa Luxemburg zur Last gelegt. Vogel soll im Kraftwagen einen Kopfschuß gegen die sterbende Frau Rosa Luxemburg, nachdem sie durch zwei Kolbenhiebe des Husaren Runge eine schwere Schädelverletzung erhalten hatte, gerichtet haben. Der Hauptmann Heinz von Pflug-Hartung ist der Beteiligung an der Tötung Liebknechts angeklagt.

Runge hat früher ein Geständnis abgelegt, das er im wesentlichen wiederholt. Er erwähnt, daß er eine große Wut auf Liebknecht und die Luxemburg gehabt habe, weil beide ihn bei einem Streik in der Firma Siemens & Halske mit der Pistole in der Hand zur Teilnahme an den Demonstrationszug zwangen. Er gibt zu, daß er beim Erscheinen Liebknechts im Eden-Hotel in blinder Wut zwei Kolbenstöße gegen ihn geführt habe. Auch gegen Frau Luxemburg ging er in großer Erregung in gleicher Weise vor; doch habe er nicht die Absicht gehabt, sie zu erschlagen. Vor allem betont er, daß niemand auch kein Offizier, zu ihm mit der Anregung herangetreten sei, Liebknecht oder die Luxemburg zu töten; er habe vielmehr aus persönlichem Zorn gehandelt. — Der Vorsitzende stellt fest, daß der Angeklagte verschiedene Unfälle erlitten hat und wegen Unfall-Neurose bereits in einer Nervenklinik war. Der Angeklagte von Pflug-Hartung sagt bei seinem Verhör unter anderem aus: Am Tiergarten am Neuen See erhielt das Auto eine Panne. Liebknecht erklärte, er fühle sich kräftig genug, zu Fuß zu gehen. Ich entfernte mich einen Augenblick, um mich über den Weg zu orientieren. Als ich zurückkehrte, sah ich Liebknecht vor mir laufen. Ich rief Halt, und da er auf den Ruf nicht stand, schoß ich. Liebknecht lief noch einige Schritte und brach dann zusammen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er nicht gewartet habe, ob Liebknecht auf den Anruf halten würde, antwortete der Angeklagte: Dazu habe ich keine Veranlassung gehabt, da ich Liebknecht gesagt habe, daß er bei einem Fluchtversuch sofort erschossen werden würde.

Leutnant z. S. Schultze schildert, wie schwer der Transport Liebknechts war. Von allen Seiten hörte man die schärfsten Schimpfworte. Ueber den Fluchtversuch Liebknechts erzählt der Angeklagte, daß er plötzlich links neben sich den fliehenden Liebknecht sah. Er wollte ihn packen und bekam dabei von Liebknecht einen Stich in die rechte Hand.

In derselben Art schildert Leutnant Liepmann die Vorgänge. Er hat aus etwa 5 Meter Entfernung auf Liebknecht geschossen, den er für einen besonders gefährlichen Feind hielt, den gegenüber die Wachvorschrift also besonders scharf anzuhalten gewesen sei.

In der Pause am Nachmittag stürzte Runge auf einen im Saal anwesenden Mann — angeblich seinen Bruder — los und schrie in den Saal hinein: „Der Kriegsgerichtsrat, das ist der größte Spartakist!“ Der Lump, der hat auch zum Teil auf dem Gewissen! Das ist der größte Buchhändler, den Berlin jemals gesehen hat!“ Runge wurde von den anwesenden Offizieren auf die Anklagebank zurückgezogen; der von ihm Angegriffene verließ darauf den Saal.

Oberleutnant Vogel, der besonders belastet erscheint, soll auf Frau Luxemburg geschossen haben, bestreitet aber jede Schuld. Er sagt, Frau Luxemburg habe beim Verladen aus dem Ebenhotel von einem Soldaten zwei Kolbenschläge über den Kopf erhalten, die sie töteten. Er hob die Leiche in das Auto und unterwegs wurde der Körper in den Kanal geworfen. Von wem der Gedanke ausging, weiß er nicht. Er sei furchtbar erregt gewesen.

Aus der Umgebung.

* Eisleben, 8. Mai. (Die Kreistagswahlen) für den Mansfelder Seekreis ergaben einen Sieg der Unabhängigen. Sie entsenden 26 Abgeordnete in den Kreistag, während die bürgerlichen Parteien nur 10 Mandate erhielten. — Ferner ergaben die Wahlen im Mansfelder Gebirgskreise 20 Unabhängige, 1 Mehrheitssozialist, und 11 Bürgerliche.

* Querfurt, 8. Mai. (Kreistagswahlen.) Das Ergebnis der am Sonntag vollzogenen Wahlen zum Kreistag liegt jetzt endgültig vor. Hiernach schicken die sieben ländlichen Wahlbezirke unter Einschluß von Roßleben, wo wie in den städtischen Wahlbezirken gewählt wurde, 14 bürgerliche und 10 sozialdemokratische Abgeordnete in den Kreistag. In den Städten des Kreises wurden 6 bürgerliche und 2 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt, so daß insgesamt 20 bürgerliche und 12 sozialdemokratische dazu unabhängige Abgeordnete den künftigen Kreistag bilden.

* Halberstadt, 8. Mai. (Die Unruhen) sind beigelegt. Heute morgen wurden in allen Betrieben der Stadt die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen, so daß also die bedauerlichen Zwischenfälle endlich voll beigelegt sind. Inzwischen haben die Streikwachen der Regierungstruppen den Sicherheitsdienst in der Stadt übernommen und die sozialdemokratischen Ordner abgelöst.

Sport-Nachrichten.

Fußballsport.

* Vorwärts-Berlin gegen Sportfreunde I. Wie bereits gemeldet, weilt am kommenden Sonntag die bisherige Tabellenführerin der Berliner F.-G. Vorwärts auf dem Sportfreundeplatz in Halle. Mit Recht schätzt man allgemein die Spielstärke der Berliner Liga um eine Klasse besser als unsere mitteldeutsche erste Klasse. Der Gaumeister 95 hat bereits zweimal in dieser Serie die Stärke der Spreeganeer anerkennen müssen, und man wird auch am Sonntag kaum mit einem Siege der Einheimischen rechnen können. Immerhin werden die Sportfreunde in ihrer günstig gewählten Aufstellung befähigt sein, dem Gegner einen Wiederstand entgegenzusetzen, der die Berliner zu vollen Einsatzung ihres Könnens zwingen wird. Sportfreunde führt nachstehende Elf ins Treffen: Tor: Oelschläger; Richter, Böhme; Kaun, Schmidt, Roth 1. Fischenser; Stürmer: Noack, Gebhardt, Tewis, Schön, Wander

Sandanger: Im Endspiel um die Meisterschaft der A-Sonderklasse treffen sich am Sonntag auf obigem Platze, Viktoria 1 und Minerva 1. Da beide Vereine mit ihren besten Mannschaften antreten, wird ein spannender Kampf zu erwarten sein (Anfang ½4 Uhr). Vorher ½2 Uhr Viktoria II gegen Minerva II.

H. F.-G. Viktoria. Nächste Versammlung Sonnabend, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.

Sandanger: Zu dem Entscheidungsspiel am Sonntag in der Sonderklasse Viktoria — Minerva 1 stellt Sandanger folgende Mannschaft ins Feld: Wien 1, Keller. Hübner, Weiße, Wien II, Bröbel, Zornemann, Busch, Stemann, Eppe, Bring. Beginn ½4 Uhr.

Turnen.

Die Mitglieder der Vorturnerschaften der sich zusammenschließenden hiesigen Turnvereine treffen sich zu einer Besprechung am kommenden Freitag nach dem Turnen in der Deutschen Bierstube.

Telegramme — Letzte Nachrichten.

Neue Streikgefahr in Sachsen.

w. Dresden, 9. Mai. (Eigene Meldung.) Das Gesamtministerium erläßt einen Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem sie vor den schweren Gefahren eines Generalstreiks warnt und sie auffordert, den terroristischen Umtrieben der Kommunisten und der mit diesen verbündeten Unabhängigen ein Ende zu machen. Die Regierung könne sich nicht wieder für Bezahlung der Streiktage einsetzen. Sie bietet ihre ganze Kraft auf, die Not der Zeit zu lindern und bessere Zustände herbeizuführen. (Der Aufruf deutet darauf hin, daß man in Sachsen vor neuen Ereignissen steht.)

* Dresden, 9. Mai. (Eigene Meldung.) Die Betriebsangestellten der Zigarettenfabrik Yenidze sind gestern in den Ausstand getreten, weil die Firma nur mit den sog. gelben Verbänden über einen neuen Tarifvertrag verhandeln will.

Für den Anschluß Oesterreichs.

k. Wien, 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Infolge des Widerstandes der Entente gegen die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland veranstaltet die Großdeutsche Vereinigung, am kommenden Sonntag in ganz Oesterreich Kundgebungen für den Zusammenschluß des ganzen deutschen Volkes. Der deutsche Reichsrat für Oesterreich erläßt einen Aufruf dazu, ebenso der Schützenverband der deutschen Kriegsteilnehmer und der Deutsche Turnerbund.

Der bekannte österreichische Politiker Ludo Hartmann sagt in der „Arbeiterzeitung“, Oesterreich sei zusrieden, wenn seine Unabhängigkeit anerkannt werde, verlange aber auch, diese Unabhängigkeit nach Beiden gebrauchen zu können. Die Klausel, die den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland betreffen, verbieten Deutsch-Oesterreich nichts, sondern untersagen lediglich Deutschland eine Einmischung in den frei zu wählenden Anschluß des österreichischen Volkes. Deshalb sei noch nichts verloren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19190509018/fragment/page=0002

Aus dem Friedensvertrag.

Aus den von unsern Gegnern aufgestellten Friedensbedingungen tragen wir noch folgendes nach:

Abrüstung.

(Eigener Drahtbericht der Hallischen Nachrichten.)

b. Paris, 8. Mai.

Damit eine allgemeine Beschränkung der Bewaffnung aller Nationen möglich wird, verpflichtet sich Deutschland, folgende Bedingungen auszuführen:

Militärische: Die militärischen Bestimmungen enthalten die Demobilisierung der deutschen Armee und die Auferlegung weiterer militärischer Beschränkungen innerhalb zweier Monate nach Unterschrift des Abkommens, und zwar als ersten Schritt zur internationalen Abrüstung. Der militärische Dienstzwang in Deutschland wird aufgehoben, Rekrutierungsbestimmungen auf der Grundlage der freiwilligen Dienstnahme müssen das bisherige Militärgesetz aufenommen werden. Die Dienstnahme für Unteroffiziere und Mannschaften soll für eine Periode von nicht unter 12 hintereinanderfolgenden Jahren stattfinden. Offiziere müssen 25 Jahre dienen und dürfen erst nach 55jährigem Lebensalter entlassen werden. Der Bestand des deutschen Heeres wird auf 100 000 Mann festgesetzt, mit Einberechnung von höchstens 4000 Offizieren. Es darf aus nicht mehr als 7 Infanterie-, 3 Kavallerie-Divisionen und höchstens 2 Korpsführn bestehen. Die militärischen Attachéries und Kadettenschulen müssen aufgehoben werden, und die Zahl der Kadetten, die in diese Schulen aufgenommen werden, muß in bestehende Anstalten zurückgebracht werden.

Die Erzeugung von Bewaffnung, Munition und Kriegsmaterial in Deutschland wird beschränkt auf das für das gesamte Heer notwendige Maß. Reserven an Munition und Kriegszeug dürfen nicht gebildet werden. Alle bestehenden Bewaffnungen, Munitionen und Vorräte, die größer sind als der festgestellte Höchstumfang, müssen den Alliierten ausgeliefert werden. Giftgase oder Flüssigkeiten für Flammenwerfer dürfen weder erzeugt noch eingeführt werden. Auch die Einfuhr oder Erzeugung von Tanks oder Panzerwagen ist verboten. Die Deutschen verpflichten sich, den Alliierten den Namen und die Lage aller Munitionslager und Einzelheiten über ihre Erzeugung zu unterbreiten. Die Munition für die Verwendung an befestigten Orten wird auf 1500 Granaten für kleine Kanonen und 500 Granaten für große Kanonen beschränkt. Außerhalb des Heeres darf kein anderes Militärkraut gebildet werden.

Die Aufgabe des ganzen Heeres besteht in der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und der Grenzkontrolle. Das Heer Munitionen muß sich auf administrative Aufgaben beschränken. Das Fortbestehen des Generalstabes ist verboten. Es ist Deutschland untersagt, Waffen und Munition für andere Länder anzufertigen oder aus anderen Ländern einzuführen.

Maritime Bestimmungen: Die aktive deutsche Flotte darf nicht aus mehr als sechs leichten Schlachtschiffen, sechs leichten Kreuzern, 12 Torpedojägern und 12 Torpedobooten bestehen. U-Boote sind nicht gestattet. Sämtliche anderen Schiffe müssen in Reserve bleiben oder in Handelsschiffe umgebaut werden. Deutschland darf bis zur Säuberung gewisser Gebiete der Ost- und Nordsee von den Seeminen eine beschränkte Anzahl von Minensägern behalten.

Das Personal der Flotte darf nach zwei Monaten höchstens 15 000 Mann, darunter höchstens 1500 Offiziere und Unteroffiziere betragen. Es muß durch freiwillige Dienstnahme rekrutiert werden, und zwar für eine Dienstzeit von mindestens 25 Jahre für Offiziere und Unteroffiziere und 12 Jahre für Mannschaften.

Ganze Kriegsschiffe, die jetzt in deutschen Häfen liegen, werden innerhalb von zwei Monaten an alliierte Häfen ausgeliefert. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, alle gewöhnlichen Kriegsschiffe, die im Bau begriffen sind, zu schleifen. Auch Kreuzer müssen entwaffnet oder als Kauffahrteischiffe eingerichtet werden. Sämtliche Mutterschiffe für U-Boote und die Docks für U-Boote müssen innerhalb eines Monats geschleift, aber, falls sie fahrbereit sind, in alliierten Häfen ausgeliefert werden. Es ist verboten, Kriegsschiffe als Ersatz zu bauen oder zu kaufen, ebenso ist der Bau oder Kauf von U-Booten untersagt. Kriegsschiffe erhalten nur einmal die Erlaubnis, eine bestimmte Menge Waffen, Munition und Kriegsmaterial an Bord zu nehmen. Alle Mengen von Waffen, Munition und Kriegsmaterial, die übrig bleiben, müssen ausgeliefert werden. Es ist verboten, Reserven zu bilden.

Deutschland darf jetzt, wo die freie Durchfahrt in der Ostsee gesichert ist, keine Befestigungen in gewissen Gebieten bauen und auch keine Artillerie aufstellen, die das Verbindung zwischen Nord- und Ostsee verhindert. Die Befestigungen in diesen Gebieten müssen innerhalb von zwei Monaten seit dem Inkrafttreten des Vertrags geschleift werden. Die Artillerie entfernt werden. Die Befestigungen innerhalb 50 Kilometern von der deutschen Küste entfernt oder auf den deutschen Inseln müssen verteidigenden Charakter haben. Neue Befestigungen dürfen nicht gebaut und die Bewaffnung nicht vergrößert werden. Die jetzigen Vorräte an Munition für diese Befestigungswerke betragen 1500 Granaten für kleine und 500 für große Kanonen.

Die deutschen drahtlosen Stationen in Berlin, Nauen und Hannover dürfen nicht für militärische, maritime oder politische Telegramme ohne Genehmigung der alliierten und assoziierten Regierungen verwendet werden, sondern dürfen lediglich während der Zeit von drei Monaten für Handelszwecke unter Aufsicht der Entente zur Verfügung. Weitere drahtlose Einrichtungen größerer Stärke dürfen nicht gebaut werden. Deutschland wird die Unterseekabel, welche abgeschnitten, aber nicht von den Alliierten benutzt worden sind, wiederherstellen, auch die Teile der Kabel, welche angeschnitten worden waren, entfernt oder von den alliierten Mächten benutzt worden sind. Die Kabel oder die Teile der entfernten oder vorwaltenden Kabel bleiben in diesem Falle das Eigentum der alliierten und assoziierten Mächte, demzufolge sind 14 Kabel oder Teile von Kabeln ausgeliefert, welche nicht an Deutschland zurückgegeben werden.

Luftfahrtbestimmungen: Die bewaffnete Macht Deutschlands darf nicht über Flugzeuge für militärische und maritime Zwecke verfügen. Deutschland erhält aber die Erlaubnis, 100 bewaffnete Seeflugzeuge bis 1. Oktober 1919 beizubehalten, welche zur das Aufsuchen von Minen verwendet werden dürfen. Das gesamte Personal der Luftstreitkräfte in Deutschland muß innerhalb zwei Monaten demobilisiert werden mit Ausnahme von 1000 Mann einschließlich Offizieren, welche bis Oktober beibehalten werden dürfen. Die Luftmacht der alliierten und assoziierten Mächte wird Freiheit des Durchflugs und der Landung über und in den Gebieten Deutschlands haben und zwar bis Januar 1923, es sei denn, daß Deutschland bereits vorher diesem Datum als Mitglied des Völkerbundes oder als Mitglied der internationalen Luftkonvention zugelassen worden ist. Die Erzeugung von Flugzeugen und Flugzeugteilen ist auf sechs Monate in ganz Deutschland verboten. Alle militärischen und maritimen Flugzeuge einschließlich der Luftschiffe und Marineballons müssen innerhalb von drei Monaten ausgeliefert werden, mit Ausnahme der 100 bereits erwähnten Seeflugzeuge.

Der Kieler Kanal muß frei und offen für alle Kriegs- und Handelsschiffe aller Nationen bleiben, die mit Deutschland im Frieden leben. Angehörige und Schiffe aller Länder müssen auf der Grundlage der Gleichheit die Benutzung des Kieler Kanals erhalten, und sämtliche Zölle, die im Kanal erhoben werden, müssen auf Beträge beschränkt sein, welche für die Reparatur und Verbesserungen des Kanals, die von Deutschland vorgenommen werden notwendig sind.

Die Staatsschuld in den abzutretenden Gebieten.

Die Mächte, an welche deutsches Gebiet abzutreten ist, sollen einen gewissen Teil der Schuld aus der Zeit vor dem Kriege auf sich nehmen. Der Betrag soll bestimmt werden durch die Wiedergutmachungskommission auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen den Einkünften des abgetretenen Gebietes und deutschen Gesamteinkünften in den drei Jahren, die dem Kriege vorangingen. Eine Ausnahme wird gemacht in bezug auf Elsaß-Lothringen; da Deutschland 1871 auch keinen Teil der französischen Schuld übernommen hat, so soll Frankreich keinen Teil von Deutschlands Schuld vor dem Kriege übernehmen. Polen insoweit soll Polen einen Anteil gewisser deutscher Schulden tragen, die während der Unterdrückung von Polen entstanden sind. Der Wert der deutschen Regierungseigentümer in abgetretenem Gebiet wird gutgeschrieben mit Ausnahme der Regierungseigentümer in Elsaß-Lothringen. Deutschland ist verpflichtet, die gesamten Kosten der Abstimmungsherez zu zahlen, vom Datum des Waffenstillstandes an, so lange die Okkupation aufrecht erhalten bleibt.

Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen.

Deutschland soll freien Durchzug und völlig gleiche Behandlung, wie seiner eigenen Nationalität, allen Personen, Bahnen, Schiffen, rollendem Material usw., die nach irgendeinem alliierten oder assoziierten Staat gehen und dabei deutsches Gebiet passieren, gewähren. Diese Waren sind frei von Einfuhrzöllen. Der internationale Transport von Waren, die leicht faulen, muß als Eilgut geschehen. Die Elbe, vom Zusammenfluß mit der Moldau an, die Moldau selbst von Prag ab, die Oder vom Zusammenfluß mit der Oppa, der Niemen und die Donau von Ulm an werden internationalisiert. Innerhalb von drei Monaten muß Deutschland einen Teil seiner Flußschiffe, Schleppboote und sonstiger Materialien einliefern. Bezüglich der Donau tritt die frühere Donaukommission wieder in ihre sämtlichen früheren Rechte, aber nur Frankreich, England, Italien und Rumänien werden künftig in dieser Kommission vertreten sein. Eine internationale Kommission ist für die Verwaltung der oberen Donau bis zur endgültigen Regelung eingesetzt. Diese Kommission wird auch den Donau-Rheinkanal, falls er innerhalb von 25 Jahren gegraben wird, verwalten. Die Verwaltung von Rhein und Mosel wird durch eine Reihe anderer Paragraphen festgesetzt. Frankreich erhält das Recht, das Wasser des Rheins für Kanäle und für industrielle Zwecke zu benutzen. Es wird dafür eine bestimmte Summe bezahlt. Auch die Schweiz erhält das Recht, das Wasser des Rheins für ähnliche Zwecke zu benutzen. Wenn Belgien innerhalb 25 Jahren beschließt, den Kanal zwischen Rhein und Maas zu bauen, ist die deutsche Regierung verpflichtet, die Teile des Kanals, die auf ihre Gebiete fallen, zu bauen. Die deutsche Regierung muß ferner für die tschecho-slowakische Regierung auf 99 Jahre Fahrgebiete in den Häfen von Hamburg und Stettin für Freizonen anweisen.

Eisenbahnen.

Die Paragraphen für die Eisenbahn stellen fest, daß Waren von und nach alliierten Ländern die Meistbegünstigung beanspruchen dürfen. So lange die Berner Konvention von 1819, die die Eisenbahntrage regelt, aufrecht erhalten bleibt, ist Deutschland an dies gebunden. Wenn eine neue Konvention aufgestellt wird, muß Deutschland sich ihr anschließen. Deutschland muß sein rollendes Material so gestalten, daß es in anderen Ländern ohne Umänderung verwendet werden kann. Kommissionen werden die Frage studieren, welche Eisenbahnen die verschiedenen Teile eines Landes verbinden müssen, oder welche Nebenlinien die Verbindung von dem einen nach dem anderen Lande herstellen sollen. Wenn keine besondere Regelung vereinbart wird, muß Deutschland genehmigen, daß neue Linien gebaut oder bestehende verbessert werden, so daß ein guter Eisenbahndienst zwischen den verschiedenen alliierten Staaten über deutsches Gebiet möglich wird. Deutschland muß vorübergehend die Aufträge der Alliierten für Transporte und Truppen, Materialien, Munition und ähnliches ausführen und gleichgeltig den normalen Verkehr der Post und Telegraphen wiederherstellen. Der Kieler Kanal muß frei und offen für alle Kriegs- und Handelsschiffe aller Nationen bleiben, die mit Deutschland im Frieden leben. Die Kanalgebühren müssen für Verbesserungen des Kanals verwendet werden. Uebersehreiten sie diesen Betrag, oder entstehen hierüber Meinungsverschiedenheiten, wird der Gerichtsapparat des Völkerbundes darüber urteilen und die betreffenden Staaten können die Ernennung einer internationalen Kommission verlangen.

Vermögensbeschlagnahme Deutscher.

Kriegsmaßnahmen, welche Deutschland in bezug auf Eigentum, Rechte und Interessen von Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte während des Krieges getroffen hat, werden unwidersiert, falls die Liquidation noch nicht beendet ist, und der Inhaber wird wieder in seine Rechte eingesetzt; hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Mächte das Recht vor, alles Eigentum, alle Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiete zurückzubehalten und zu liquidieren. Dabei gelten diejenigen nicht als deutsche Staatsangehörige, die durch diesen Vertrag die Staatsangehörigkeit einer alliierten oder assoziierten Macht erwerben. Staatsangehörige der alliierten und assoziierten Mächte haben das Recht auf Entschädigung für die Maßnahme, die sie auf deutschem Gebiete erlitten haben; dagegen kann jede alliierte und assoziierte Macht über die Erträgnisse des von ihr beschlagnahmten Eigentums verfügen, um die Entschädigungsansprüche zu Grund dieses Vertrages zu befriedigen. Deutschland verpflichtet sich, seine Staatsangehörigen für die Liquidation oder Beschlagnahme ihres Eigentums in den alliierten und assoziierten Ländern zu entschädigen. Die Verträge zwischen den Feinden gelten als nichtig vom Augenblick des Kriegsausbruches an, ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung die Regierung der alliierten und assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt.

Handel und Verkehr.

Hallesche Pfännerschaft A.-G. zu Halle.

Die Generalversammlung findet am Donnerstag, den 15. Mai, vormittags 11 Uhr, im Hotel Stadt Hamburg hier statt. Nach dem Bericht über das Geschäftsjahr 1918 boten die Betriebsergebnisse in den ersten drei Vierteljahren nach jeder Richtung hin erfreuliche Aussichten. Die letzten Monate dagegen machten diese nicht ganz sonnig, sondern brachten mancherlei Rückschläge, daß das Gewinnergebnis stark beeinträchtigt worden ist. Die während des Krieges in großem Umfange zur Arbeit herangezogenen Kriegsgefangenen verweigerten plötzlich die Weiterarbeit und mußten schleunigst abtransportiert werden. Die Einstellung geeigneter deutscher Arbeiter konnte nur sehr allmählich durch Anwerbung aus anderen, stillgelegten Industrien, vor allem in Sachsen und Bayern, erfolgen. Bei allen diesen deutschen Ersatzarbeitern handelte es sich jedoch nicht um gelernte Bergarbeiter, so daß an sich die Leistung derselben mit Rücksicht auf die erst nötige Einarbeitung nur gering war. Außerdem aber schwand durch die politischen Ereignisse die Arbeitslust auch bei den Bergarbeitern stillgelegter Industrien immer mehr und mehr, es ging infolgedessen die Arbeitsleistung auf einen Bruchteil der früheren normalen Leistung zurück. Auf der anderen Seite brachten uns die sehr erheblichen Lohnerhöhungen gleichzeitig mit der Verkürzung der Arbeitszeit, ferner die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Verbrauchsmaterialien eine derartige Erhöhung der Selbstkosten, daß sie durch die Erlöse keine Deckung mehr finden konnten. Zur Ergänzung und Abrundung unserer Grubenfelder Pfännerhall und Senftenberg sind auch im Berichtsjahre wieder erhebliche Kohlenfeldankäufe durchgeführt worden. Die günstigen Aussichten des ersten Teils des Berichtsjahres veranlaßten uns, die schon früher in Aussicht und zum Teil bereits in Angriff genommenen Vergrößerungen und Verbesserungen auf unseren Anlagen weiter durchzuführen. Es müssen aber auch im laufenden Geschäftsjahr hierfür noch weitere Kapitalien festgelegt werden, die sich jedoch nach Beendigung der Bauten durch eine Herabsetzung der Selbstkosten und dadurch verstärkte Rentabilität verhältnismäßig schnell werden amortisieren lassen. Die sich weiter außerordentlich verschärfende Wohnungsnot sowohl im mitteldeutschen, als auch im Niederlausitzer Braunkohlengebiet, veranlaßte uns zum verstärkten Ankauf von Wohngebäuden, um einen Teil unserer Arbeiter in Werkswohnungen unterzubringen und dadurch auf unseren Werken seßhaft zu machen. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung vom 31. Dezember 1918 haben wir durch den Betrieb unserer Werke nach Abzug aller Betriebs- und Instandhaltungskosten und aus den Pachteinnahmen u. a. m. erzielt: einen Gesamtertrag von 2 319 567,64 M. Davon waren aufzuwenden: für Verwaltungskosten, Steuern, Abgaben und Zinsen 720 910,71 M., für Kriegssteuergesetzen 71 151,25 M., für Kursverlust auf Effekten 73 770,73 M., vermoch Reingewinn 1 453 734,95 Mark. Die Abschreibungen betragen 910 106,50 M., so daß zuzüglich Gewinnvortrag aus 1917 mit 118 406,80 Mark als Reingewinn verbleiben 662 055,22 M. Der Vorstand beantragt, diesen Reingewinn wie folgt zu verteilen: Ueberweisung an die gesetzliche Rücklage 30 000,— M., Ausschüttung von 5 Prozent Dividende 450 000,— M., Tantiemen an Vorstand, Beamte und Aufsichtsrat 58 235,80 M., Vortrag auf neue Rechnung 123 819,98 M.

Bank für Handel und Industrie.
(Darmstädter Bank.)

Der Aufsichtsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, der Generalversammlung für das Jahr 1918 die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent (im Vorjahre 7 Prozent) vorzuschlagen. Der Bruttonutzen beträgt pro 1918 inkl. 1 669 835,33 Mk. Vortrag aus 1917 43 770 174,23 Mk., der verteilbare Reingewinn 10 433 927,88 Mk.

Das Gewinn- und Verlust-Konto pro 1918 ergibt in folgende Ziffern: aus Einnahmen: Provisionen 15 704 403,95 Mk. (1917: 13 183 217,41 Mk.), Zinsen: aus dem Konto-Korrent-Geschäft und aus Wechseln, aus dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen und aus Valuten 26 342 572,64 Mk. (22 053 344,34 Mk.), Gewinne aus Effekten und Finanzoperationen —.

Zu den Ausgaben: Geschäftsunkosten: Handlungsunkosten, Zuwendungen an die Beamten (Weihnachts- und Abschlußgratifikationen, Teuerungszulagen), Invaliden- und Krankenversicherung, Reichsversicherung, Ehrengabe an Beamte und Zuwendungen an deren Pensionsfonds und für wohltätige (Kriegs-) Zwecke 29 385 435,18 Mk. (20 326 117,20 Mk.), Steuern 2 780 677,87 Mk. (1 280 841,68 Mk.), Gewinn-Saldo 10 433 927,88 Mk. (18 253 835,93 Mk.).

Die Bilanz ergibt folgende Ziffern:

Passiva: Aktienkapital 160 000 000 Mk., Reserven 32 000 000 Mk., Kreditoren 1 999 995 238,94 Mk. (1 455 983 444,93 Mk.), Akzepte und Schecks 47 894 045,06 Mk. (51 755 431,09 Mk.), Verrechnungskonto der Zentrale mit den Filialen und Niederlassungen 14 507 286,30 Mk. (6 723 847,88 Mk.).

Aktiva: Kasse, fremde Geldsorten und Kupons inkl. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken 209 109 286,18 Mk. (124 744 037,45 Mk.), Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten 847 933 341,63 Mk. (379 754 753,76 Mk.), Nostroguthaben bei Banken und Bankiers 132 692 834,84 Mk. (154 228 718,66 Mk.), Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere 872 086 983,32 Mk. (360 821 627,86 Mk.), Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen 21 235 412,43 Mk. (41 559 856,05 Mk.), eigene Wertpapiere 83 486 094,9 Mk. (56 415 838,22 Mk.), Konsortialbeteiligungen 32 378 049,95 Mk. (32 267 792,81 Mk.), dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen 10 284 877,40 Mk. (9 133 800,49 Mk.), Debitoren in laufender Rechnung 582 776 741,41 Mk. (489 435 648,48 Mk.). Hiervon a) gedeckte Kredite 420 008 336,27 Mk. (412 602 024,82 Mk.), b) ungedeckte Kredite 112 768 405,14 Mk. (76 833 623,66 Mk.). Die Akzepte beliefen sich auf 47 894 045,06 Mk. und die Aktiven der Bilanz auf 178 686 597,21 Mk. (119 309 629,04 Mk.).

---

* Berliner Börse. Der Börsenvorstand macht gestern, wie schon in einem Teile der Auflage telegraphisch mitgeteilt, durch Anschlag am Börseneingang bekannt: „Unter dem Eindruck der vernichtenden Friedensbedingungen, die dem deutschen Volke zugemutet werden, hat der Börsenvorstand beschlossen, die Börse auf drei Tage zu schließen." Hierfür sprechen neben Gefühls- auch naheliegende Zweckmäßigkeitsgründe. Neben neuen einheimischen Entwertungen einheimischer Anleihe- und Industriewerte, war eine ausgesprochene Kursverflauung einer Anzahl von Auslands-Valutawerten zu erwarten. Es steht zu erwarten, daß anfangs der kommenden Woche gewisse Klärungen eingetreten sind, die als eine zuverlässige Grundlage für die dann vorzunehmenden Bewertungen des Effektenmarktes dienen können.

* Der Friedensvertrag und die deutsche Valuta. Die deutsche Valuta hatte an den neutralen Börsen in der letzten Zeit eine erfreuliche Besserung zu verzeichnen. Der Höhepunkt scheint aber zunächst mit dem 6. Mai erreicht worden zu sein. Das Bekanntwerden der ersten Auszüge aus dem Friedensvertrage hatte einen, wenn auch zunächst noch nicht erheblichen Rückgang des Wertes der deutschen Mark zur Folge. Die Marknotierung betrug am 7. Mai in Amsterdam 22,10 Gulden (am 6. Mai 23,70), in Kopenhagen 37,70 (38,80), in Stockholm 35,75 (36,25). Dagegen zeigt die Notierung in Zürich weiterhin eine Aufwärtsbewegung. Der Kurs der Mark betrug dort am 7. Mai 46 gegen 45 am Tage vorher. Auch die österreichische Valuta zeigt in Amsterdam einen kleinen Rückgang, während sie in Zürich um 0,25 stieg. In Wien hält die Aufwärtsbewegung der Mark weiter an. Der Kurs stand war am 7. Mai 209,75 gegen 206,75 am Vortage.

* Erhöhung der Kostenpreise im Ruhrrevier. In der vorgestrigen Versammlung der Zechenbesitzer wurde, wie aus Essen gemeldet wird, mitgeteilt, daß sich der Reichswirtschaftsminister nunmehr mit dem Ende März beschlossenen Preiserhöhungen mit Wirkung ab 1. Mai einverstanden erklärt hat. Der Reichswirtschaftsminister hat an die Genehmigung die Bedingung geknüpft, daß 10 M., also die Hälfte der Kohlenpreiserhöhung, für einen Ausschlußfonds zurfließen haben. Bei der späteren Verteilung dieses einstweilen zurückbehaltenen Betrages sollen die unter weniger günstigen natürlichen Verhältnissen arbeitenden Zechen gegenüber den anderen Zechen bevorzugt werden. Die Versammlung stimmte der Preiserhöhung mit der vom Reichsamt des Innern gewünschten Bedingung zu.

* Die Mitteldeutschen Braunkohlenwerke beschlossen die Bildung eines Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats, dem sich die anhaltischen, halleschen, altenburgischen und sächsischen Werke angeschlossen haben.

* Akt.-Ges. Buderussche Eisenwerke zu Wetzlar. Das Geschäftsjahr 1918 erbracht: 5 902 391 (9 391 733) Mark als Rohgewinn. Nach Rücklagen und Abschreibungen verbleiben als Reingewinn 1 996 206 (3 428 066) M., aus dem 7½ (6. B. 10) Proz. Dividende verteilt werden sollen.

Konkurs-Nachrichten

aus dem Oberlandesgerichts-Bezirk Naumburg a. S. vom 26. April bis 3. Mai 1919.

Zimmermeister Georg Schütte, Wohnort Kalbe a. S., Vergleichstermin 15. 5. — Mitteldeutsche Asphalt- und Teerwerke Seidel, Eisdamm & Co. G. m. b. H., Wohnort Delitzsch, Schlußtermin 27. 5.

Preußisch-Südd. Klassen-Lotterie.

In der Nachmittagsziehung am 7. Mai wurden folgende größere Gewinne gezogen:

2 zu 30 000 M. Nr. 154 672;
2 zu 10 000 M. Nr. 184 146;
6 zu 5000 M. Nr. 12 853 23 134 77 610;

86 zu 3000 M. Nr. 6119 12 344 37 735 38 809 47 377 55 574 57 094 59 598 66 737 74 455 75 480 81 884 88 888 99 466 101 372 101 490 106 612 116 092 116 389 120 250 120 306 121 240 124 053 124 164 125 782 127 141 138 397 141 455 143 059 148 722 156 639 162 546 171 153 179 513 192 589 205 230 204 109 206 368 207 495 212 683 215 223 235 461 226 711;

60 zu 1000 M. Nr. 394 4482 4490 5987 7766 9964 12 559 21 703 26 546 26 894 28 502 33 649 37 725 38 062 40 070 52 361 53 020 57 752 58 345 61 243 61 585 62 908 67 674 77 185 77 308 78 172 78 198 81 045 81 200 84 872 87 262 91 777 98 353 99 921 100 018 102 616 106 202 109 405 109 687 112 128 112 222 112 532 119 876 124 401 126 426 127 161 138 711 138 945 138 220 141 023 142 512 144 822 147 114 153 697 154 675 158 254 162 779 163 212 165 471 169 921 171 257 174 019 174 312 177 769 185 497 185 722 190 880 195 269 195 554 195 835 196 610 202 173 206 013 208 691 209 226 216 518 219 448 219 932 226 491 228 533;

180 zu 500 M. Nr. 208 6046 7360 7707 11 213 11 846 12 498 17 781 19 723 25 039 25 487 25 887 26 866 27 944 29 248 29 558 34 635 47 229 48 226 50 360 51 896 52 044 52 065 52 454 56 479 59 209 61 114 63 581 64 130 64 690 66 712 70 841 77 172 80 355 87 386 87 640 88 479 91 424 91 650 94 718 97 676 97 924 101 078 101 272 102 099 108 961 110 745 120 421 122 799 123 085 123 946 128 227 128 413 132 055 134 699 138 922 145 767 153 940 166 910 172 442 177 082 177 219 182 707 186 520 186 902 188 316 188 860 189 631 191 154 192 368 193 009 198 191 199 240 200 749 209 820 211 368 214 967 215 865 217 211 222 000 222 057 224 149 228 068 228 848 229 210 229 522 229 743 231 428 231 588 231 753.

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 300 000 Mark, 2 Gewinne zu 500 000, 2 zu 200 000, 2 zu 150 000, 2 zu 75 000, 2 zu 60 000, 4 zu 50 000, 6 zu 20 000, 22 zu 30 000, 36 zu 15 000, 96 zu 10 000, 228 zu 5000, 3018 zu 3000, 6186 zu 1000, 8504 zu 500 Mark.

Oeffentliche Wetter-Ansage für den 10. Mai.
Keine Witterungsänderung.

Wasserstands-Nachrichten vom 9. Mai.

Saale.		Elbe.	
Bisthumteich	+ 0,24	Aussig	+ 2,28
Laucha	+ 0,04	Leitmeritz	+ 1,43
Bernburg	+ 1,30	Magdeburg	+ 1,43
Kalbe	+ 1,00	Wittenberge	+ 2,06

Druck und Verlag: Hallische Nachrichten Verlag von Gebrüder Knoll, Aktiengesellschaft. Verantwortlicher Redakteur: Chefredakteur Konrad Knoll (Politik und Feuilleton). Weiter Richtung (Stadtteil, Provinz, Gerichtssaal u. Umgebung, Kirche, Literatur (Allgemeiner Teil und Handel), Hermann Brandes (Wirtschaft und Sport) Walter Pfennigdorf (Anzeigen) sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Redaktion 12—1 Uhr mittags.

Die vorliegende Nr. der Hallischen Nachrichten (General-Anz.) umfaßt 10 Seiten.

Großen Ereignissen

in der inneren und äußeren Politik, die ausschlaggebend für die Zukunft des deutschen Volkes sein müssen, gehen wir in naher Zeit entgegen. Die in aller Frühe erscheinende

Hallische Morgen-Zeitung

unterrichtet ihre Leser durch einen in großzügiger Weise organisierten Nachrichtendienst schnell und zuverlässig. Bestellen Sie sofort für den Monat Mai einen Probebezug zum Preise von 40 Pfg. frei ins Haus. Die bereits erschienenen Nummern des Romans „Seegespenster" von Anny Wothe werden auf Verlangen frei nachgeliefert.

Walhalla-Operetten-Theater.

Täglich abends 7½ Uhr (e363

Der Zigeunerprimas.

Operette von Emerich Kálmán.

Sonntags in beiden Vorstellungen:
Der Zigeunerprimas. Nachm. kleine Preise. Kinder halbe Preise.

Tageskasse 10—1½ u. 4—6 Uhr.

3 Könige, Varietee, Kl. Klausstr. 7

Versäumen Sie nicht
das glänzende Programm!
Neue Posse: Männ bleibt Mann. h01366

Bratwurstglöckle Varietee

Versäumen Sie nicht das urkomische
Varietee-Programm anzusehen!
mit dem Komiker Arthur Altmann
und d. vorzügl. Künstlern. Posse: In der Sommerfrische.

Männergesangverein Halle a. S. 1911.

Leitung: Kgl. Musikdirektor Willi Warfelmidt.

Konzert

am **Dienstag den 13. Mai**, abends 8½ Uhr in den „Thalia-Sälen". (e170

unter gütiger Mitwirkung von Elisabeth Hoffmann (Klavier), Fritz Kerzmann, Opernsänger am Stadttheater Halle (Bariton), Orchester: Kapelle des Füsilier-Regts. Nr. 38.

Karten zu 2, 1.50, 1 Mk bei Heinrich Rothan.

Oberpollinger!

Haus-Kapelle Franke.
Waretzki, Musik-Genie. (158

Reichshof!

Inhaber Edwin Hennig.
Alte Promenade 6. z2619 Fernsprecher 6388.
Im Reichskeller ist in der Weinstube täglich
Schrammel-Konzert von 7 bis 11 Uhr abends.

Zentral-Kaffee!

Grosse Ulrichstrasse 62, I.

Täglich Künstler-Konzert!

ZOO!

Unser Kränzchen

findet Sonnabend den 10. Mai statt. Anf. 8 Uhr
Theatralischer Verein „Dasmania".
Stoß Der Vorstand.

Hohenzollern-Hof

Magdeburgerstrasse Nr. 65.

Heute Freitag **Tanz-Abend.** 262 47
Punkt 9 Uhr **der Fox Trott.**

Deutscher Kaiser,

Dessauerstraße 12, an der Kaserne.
Morgen Sonnabend von nachmittag 6 Uhr an
Tanz-Kränzchen
des allseitig beliebt. Geselligkeitsverein „Eintracht".
Gäste willkommen. Der Vorstand. [*

Zöberitz, Gasthof Grüne Tanne.

Sonntag den 11. Mai von nachm. 3 Uhr
Grosser Ball.
Es ladet ein der Vorstand des Geselligkeitsvereins „Karoline". [*

Sport-Restaurant

vorm. Kätzels Hotel. Gr. Steinstr. 37. Tel. 4404.
Vereinszimmer frei.
Täglich Bohnen-Kaffee und Kuchen.
Warme Küche bis Schluß. (ffb34

Zum Letzten Dreier

Sonnabend den 10. ds. Mts.
Gross. Bandonion-Kränzchen.
Anfang 5½ Uhr. Es ladet freundlichst ein Der Wirt.

H. F.-C. „Eintracht 07"

hält am Sonnabend den 10. Mai 1919 im Gesellschaftshaus zu Dieskau ein
Mai-Kränzchen
ab. Anfang 5½ Uhr. Unsere Gönner und Bekannten laden wir freundlichst ein. Der Vorstand.

Paradies. Tanz-Abend

Sonnabend den 10. Mai
des Vereins Union wozu ergebenst einladet [*
Der Vorstand.

Unseren Mitgliedern, sowie Freunden unseres Vereins zur gefl. Kenntnis, daß unser [*

Tanzabend

am Sonnabend den 10. Mai auf der Rabeninsel bei Kurzhals stattfindet.
Anfang 7 Uhr. — Treffpunkt um 7 Uhr an der Endstation der Linie 6.
Ges.-Verein „Erika". Der Vorstand.

Rest. u. Kaffee „Oriental"

Breiteneruhe 21.
Sonnabend, den 10. u. Sonntag, den 11. Mai 19
Familien-Abende
mit ganz neuem Unterhaltungs-Programm. Für Speisen und Getränke bestens gesorgt. Spez. echt Kulmbacher, vorzügliche Sternburg-Biere, 8 Sorten Schokolade, Mokkakaffee.
Tee, Torte und hausbackene Kuchen.
Inhaber i. V.: Paul Wenzel und Frau.
Treffpunkt aller ehemaligen „Prinz-Heinrich".

U.T Leipzigerstraße 88.

Fernruf 1224. :: :: Fernruf 1224.

Viggo Larsen

in: **„Die Diamanten des Zaren"**
Verbrecher aus Liebe
Tragisches Schauspiel in einem Vorspiel und vier Abteilungen!
Vorführung: 4.50 6.50 9.10 Uhr.

Arnold Rieck

in: **„Die schwarze Locke"**
Schwank in 3 Akten.
Vorführung: 4.10 6.10 8.20 Uhr.

... Messter-Woche Nr. 17. ...

Beginn 4 Uhr. Die Abend-Vorstellung beginnt 8.10.

Kammer-Lichtspiele

Grosse Steinstr. 24

Ein Ereignis
für das kunstliebende Publikum unserer Stadt!
Henrik Ibsens nordisches Drama:

Peer Gynt.

1. Teil: Peer Gynts Jugendjahre.
Für d. Film bearbeitet u. inszeniert v. Victor Barnowsky.
Musik und Gesang.
Peer Gynt-Suite I und II v. Grieg.
Solveigs Lied u. v. andere
Gottes Ordnet. Kinder verboten.
Für Vorbestellung Fernruf 2752.
Preise der Plätze: Sperrsitz 1.50, 1. Parkett 1.10, 2. Parkett 0.90.
2. Teil folgt am 13. Juni.
Beginn der Vorstellungen: 3 5 7 und 9 Uhr.

Vor und nach der Vorstellung:
Kaiser-Kaffee, 1. Etage.
Besonders empfehlenswert: Bohnen-Kaffee mit Torte.
Ab 7 Uhr tägl. Künstler-Konzert bis 11½ Uhr.

Unwiderruflich

letzte Gelegenheit!
die größte Welt-Sensation

OPIUM

staunend zu bewundern.

Nur noch
Freitag und Sonnabend
um 3, 5, 7 und 9 Uhr, um
Thalia-Säle.

Hippodrom Wintergarten

Direktion: Georg Arndt. h3165
Täglich: **Grosses Rest- und Sportfest.**
Am Sonnabend ab 7 Uhr abends: **Gr. Kavalier-Ball.**

Halbheer's Weinstuben.

Empfehle
Deutsche Rotweine!
1917 Affenthaler . . . Mk. 8.—
1917 Dürkheimer . . . Mk. 10.—
ohne Steuer.

U.T Alte Promenade 11a.

Lieblingsfrau des Maharadscha 2. Teil

Vorführung: 3.00 4.50 6.50 8.50.
Alle Vorzüge aufgehoben!
Wieder erhältlich an den Kassen und Kleiderablagen Teil I u. II in Romanform
„Die Lieblingsfrau des Maharadscha".
Es wird höflichst gebeten, bereits die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Stadt-Theater

Sonnabend den 10. Mai, Anfang 7½, Ende 11 Uhr
Aida. (e56
Oper von Verdi.
Sonntag nachmittag: Das Dreimäderlhaus.
Sonntag abend: Die Rose von Stambul.

Bruno Heydrichs Konservatorium

für Musik und Theater.
Dienstag den 13. Mai abends 8 Uhr im Saale des Konservatoriums
195. Musik-Aufführung.
(Wiederholung des Opern- u. Schauspiel-Abend in Kostümen.)
Interessenten können ab Sonnabend im Sekretariat Eintrittsprogramme erhalten. (e125

Bio

Gr. Ulrichstr. 57.

Nur noch heute:
Die Kriminalaffäre auf der Moritzburg.
Die Toten erwachen.
Stuart Webbs in seiner Glanzleistung.

Ab morgen:
Fern Andra.
Drohende Wolken am Firmament.
Tragödie in 5 Akten. (h3184

G.-V. Alpenveilchen

Bergschenke, Serie des Zaalelaiff.
Zu dem am 10. Mai stattfindenden
Kränzchen
ladet die Gäste ergebenst ein Der Vorstand.

Orpheum

12 Steinweg 12.

Ab Heute
Erst-Aufführung!
Grösste Sensation!
Sein letzter Bericht.
Detektiv-Schlager. 4 Akte.
Elly und Nelly.
Wanda Treumann
in der Hauptrolle.
Lustspiel in 3 Akten.
!! Künstler-Kapelle !!

„Alt-Heidelberg"

Geiststrasse 5. Geiststrasse 5.
Morgen Sonnabend den 10. Mai
1. großer Walzerabend.
Verstärkte Kapelle. h3158

Altenburger Hof!

Am Alten Markt.
Heute Freitag, den 9. Mai
Großer Haus-Ball!
Anfang 6 Uhr. h3131 Vornehme Ballmusik.

„Schützenhaus", Ammendorf!

Sonnabend von 6 Uhr Tanzkränzchen
Verein „Eintracht". Gäste willkommen.
Sonntag 3 Uhr Ball.

L. Kramers Tanzlokal Cröllwitz

empf. seine Säle u. gr. Gesellschaftszimmer
mit vorzüglicher Tanzfläche zu jeglicher Veranstaltung. Paul Dietlein. Tel. 6947. [*

Unser Kränzchen

findet Sonntag den 11. Mai statt. Anfang 4 Uhr.
Der Turnverein zu Zöberitz.
z2711

Gasthaus Büschdorf.

Inhaber: Mosler.
Sonnabend den 10. Mai
Grosser Ball!
Anfang 5 Uhr. Es lad. frdl. ein Der Vorstand. der Wirt.

Gemeinschaftssäle, Alte Promenade 3

Sonntag, den 11. Mai, abends 8 Uhr
Oeffentlicher Vortrag von Herrn Otto Samuel:
Jesus, die Quelle aller Weisheit
Eintritt frei!

Missionslichtbilderabend

im Paulusgemeindehaus, Hohenzollernstraße 11.
Sonntag den 11. Mai, abends 8 Uhr
Lichtbildervortrag von Herrn Missionar Vater Nachf. aus Deutsch-Ostafrika:
Ruanda, ein verlorenes Missionsfeld?
Eintritt 20 Pfennig. [*

General-Versammlung

Donnerstag den 15. Mai, abends 9 Uhr im „Goldenen Schiffchen".
Tagesordnung:
1. Ernennung von Mitgliedern zu Ehrenmitgliedern.
2. Verschiedenes. (h3190
Gabelsberger Stenograph. Verein 1859.

Hedwig Nottebohm,

Dipl. Lehrerin der Bildungsanstalt Nelleras
Beginn **neuer Kurse** in
Rhythm. Gymnastik, Plastik, Gehörbildung, Improvisation (prakt. Harmonielehre).
Anmeldungen bis 15. Mai Lafontainestr. 8, I, Montags, Mittwochs, Freitags. (b106

Volkspark, Burgstr. 27

Morgen Sonnabend, d. 10. Mai, abds. 8 Uhr
Gr. bunter Abend
der Moretto-Sänger!!
h01956 Die Geschäftsleitung.

Verein U. Z. Rot Weiss.

Allen werten Vereinsmitgliedern zur Kenntnis, daß unser
Tanzkränzchen
morgen Sonnabend im Goldenen Hirsch stattfindet.
[* Der 1. Vorstand.

Gesangverein „Sängerlust"

Sonnabend, 10. Mai, 6 Uhr
Tanz-Kränzchen!
in der „Kaiser Wilhelm"-Halle.